



Hilgriet Eilers MdL
Kreisvorsitzende der FDP Emden
11. Februar 2015

Pressemitteilung

Zum Verfahren zur Lärmbelastung durch Hubschrauber

Durch Presseberichte ist zu erfahren, dass ein Plan gegen die durch Helikopterflüge ausgelöste Lärmbelästigung vereinbart wurde.

In der Vergangenheit hatten Vertreter verschiedener Parteien die Beschwerden der Bürger aufgenommen und um Maßnahmen zur Begrenzung des Fluglärms gebeten. Auch die FDP-Fraktion im Stadtrat hatte das Problem mehrfach, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Übungsturm an der Knock, angesprochen. Der Geschäftsführer des Flugplatzes, Remmer Edzards, hatte angesichts der geringer werdenden Akzeptanz der Bürger immer wieder um Geduld gebeten.

Nun wurde offenbar, dass es bislang nicht gewünscht war, alle Fraktionen an der Problemlösung zu beteiligen. Und wenn zu lesen ist, dass Helikopter künftig einen Bogen um Conrebbi machen, fragt man sich unwillkürlich, nach welchen Kriterien solche Entscheidungen getroffen werden.

Die FDP Fraktion wünscht Aufklärung über einige Punkte:

Welche Auflagen sind für Hubschrauberflüge verbindlich? Wie stellen sich die Lärmemissionen dar?

Werden die Regelungen durch Rat und Verwaltung bestimmt oder kann die Flughafenleitung alleine Festlegungen treffen?

Wie sollen die Genehmigungen für die Routen und Flugzeiten in der Zukunft ausgestaltet werden, und wie groß sind die Spielräume von den Absprachen abzuweichen?

Wir erhoffen uns auch Aufklärung und eine Einschätzung der Verwaltung darüber, warum lediglich Vertreter der Mehrheitsfraktion aus Nord/West in die Planung einbezogen werden, deren Ziel es ist, vornehmlich Barenburg und Conrebbersweg zu entlasten. Sind nicht ebenso die Bürger von Tholenswehr, Wolthusen oder anderer Stadtteile betroffen?

Diese Vorgänge und die öffentliche Vermarktung des „Dialogs“ erwecken den Eindruck, dass hier willkürlich gehandelt wird.,

Das Thema gehört jedoch in den Rat der Stadt Emden. Es sind alle Parteien über die Entwicklungen zu informieren, und es sind klare Flug-Routen und Auflagen zu benennen, auf die sich alle Bürgerinnen und Bürger einstellen können. Dies soll sowohl die Aktivitäten auf dem Flugplatz als auch die Überflüge der Stadt durch Helikopter und die Flugbewegungen am Klinikum betreffen. Wir wollen klare Absprachen, damit alle wissen, worauf man sich in der Zukunft einstellen muss – was besser wird oder auch zu steigender Belastung führen wird.

Deswegen wird die FDP-Fraktion beantragen, dass durch die Verwaltung umfassend berichtet wird und dass das künftige Vorgehen öffentlich im Rahmen eines Tagesordnungspunktes des zuständigen Ausschusses besprochen wird.